



## **Sessionsrückschau Wintersession 2021– Netzwerk Kinderrechte Schweiz**

In der Wintersession haben die eidgenössischen Räte verschiedene Geschäfte behandelt, die für die Kinderrechte relevant sind:

Der **Nationalrat** befasste sich unter anderem mit der parlamentarischen Initiative von Nationalrätin Nadine Masshardt, die eine [Offensive in der politischen Bildung](#), vor allem an Berufsschulen, verlangt. Im Gegensatz zur vorbereitenden Kommission gab der Nationalrat der Initiative Folge und will damit, dass sich der Bund stärker in der politischen Bildung auf Stufe Sek II engagiert. Nun wird sich der Ständerat damit befassen. Nach dem Ständerat hat der Nationalrat ebenfalls die Motion der ständerätlichen Bildungskommission (WBK-S) überwiesen, welche mehr [Chancengerechtigkeit für Jugendliche mittels Integrationsagenda](#) forderte. Damit muss der Bundesrat nun die Kantone bei der Umsetzung und der Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen unterstützen. Ebenfalls angenommen hat der Nationalrat eine Motion seiner Bildungskommission, die die [Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister](#) zum Ziel hat. Damit wird sich als nächstes nun der Ständerat befassen. Abgelehnt hat der Nationalrat hingegen das Postulat «[Alkoholkonsum. Die Jungen sind der Werbung stark ausgesetzt!](#)». Mit dem Postulat wollte die Urheberin einen besseren Schutz der Jugendlichen vor Alkoholwerbung, insbesondere im Internet erreichen.

Wie in jeder Wintersession standen auch die Budgetdebatten auf dem Programm: In der Schlussabstimmung haben beide Räte die Kredite für die Unterstützung von Familienorganisationen sowie für den Kinderschutz und die Kinderrechte um rund 1.4 Millionen CHF erhöht. Die Erhöhung des Kredits Kinderschutz/Kinderrechte um 390'000 Franken sollen für die Finanzierung einer Ombudsstelle für Kinderrechte eingesetzt werden. Hintergrund ist die Überweisung der Motion 19.3633, die die Ausarbeitung von Rechtsgrundlagen für die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte verlangt. Diese Rechtsgrundlagen sind derzeit in Erarbeitung durch das Bundesamt für Sozialversicherungen und sollen bis Mitte 2022 vorliegen. Die zusätzlichen Gelder sollen daher erst freigegeben werden, wenn die gesetzlichen Grundlagen vorliegen. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz begrüsst die Aufstockung der Mittel für eine Ombudsstelle für Kinderrechte. Aus Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz ist dieser Betrag jedoch deutlich zu gering. Eine national tätige Ombudsstelle kann mit diesem Betrag ihren Auftrag nicht glaubwürdig erfüllen (vgl. dazu das [Positionspapier des Netzwerks Kinderrechte Schweiz zur Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle für Kinderrechte](#)).

Der **Ständerat** stimmt der Motion von Ständerätin Eva Herzog zu, die die [Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht](#) zum Ziel hat. Der Bundesrat will jedoch zuerst eine Machbarkeitsstudie durchführen, um den mit dem Vorstoss verbundenen administrativen, finanziellen und personellen Aufwand für Bund und Kantone abschätzen zu können. Die Motion geht nun an den Nationalrat. Abgelehnt hat der Ständerat zwei Standesinitiativen, die eine Beschränkung des zugesetzten Zuckers in Lebensmitteln ([Kanton Genf](#)) bzw. eine bessere Kennzeichnung des zugesetzten Zuckers in Lebensmitteln ([Kanton Fribourg](#)) verlangten. Nun wird sich der Nationalrat mit den Initiativen befassen.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau). Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden



## Übersicht über die relevanten Geschäfte der Wintersession 2021

### **Geschäft des Bundesrates**

**21.041**

#### **Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025**

National- und Ständerat werden während der Wintersession den Voranschlag 2022, sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025 beraten. Dabei werden auch die Kredite Kinderschutz und Kinderrechte neu gesprochen. Diese belaufen sich aktuell auf rund 2 Millionen Schweizer Franken.

- In der Schlussabstimmung haben die Räte die Kredite für die Unterstützung von Familienorganisationen sowie für den Kinderschutz und die Kinderrechte um rund 1.4 Millionen CHF erhöht. Die Erhöhung des Kredits Kinderschutz/Kinderrechte um 390'000 Franken sollen für die Finanzierung einer Ombudsstelle für Kinderrechte eingesetzt werden. Hintergrund ist die Überweisung der Motion 19.3633, die die Ausarbeitung von Rechtsgrundlagen für die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte verlangt. Diese Rechtsgrundlagen sind derzeit in Erarbeitung durch das Bundesamt für Sozialversicherungen und sollen bis Mitte 2022 vorliegen. Die zusätzlichen Gelder sollen daher erst freigegeben werden, wenn die gesetzlichen Grundlagen vorliegen. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz begrüsst die Aufstockung der Mittel für eine Ombudsstelle für Kinderrechte. Aus Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz ist dieser Betrag jedoch deutlich zu gering. Eine national tätige Ombudsstelle kann mit diesem Betrag ihren Auftrag nicht glaubwürdig erfüllen (vgl. dazu das [Positionspapier des Netzwerks Kinderrechte Schweiz zur Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle für Kinderrechte](#)).

### **Motion WBK-SR**

**21.3964**

#### **Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, 1. die Kantone bei der Umsetzung und Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-/EFTA- und Drittstaaten zu unterstützen; 2. zu diesem Zweck auch das Pilotprogramm "Integrationsvorlehre Plus" zu evaluieren, aufgrund der Erfahrungen bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen sowie die entsprechenden Bundesbeiträge an die Kantone zu verstetigen und 3. gemeinsam mit den Kantonen Massnahmen vorzusehen, um die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch eine systematische Erstinformation sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Abklärungsangebote (Potenzialanalysen) zu verbessern. Der Ständerat hat der Motion bereits zugestimmt, ebenso die Mehrheit der nationalrätlichen Bildungskommission.

- Das Parlament will die Ausbildungsmöglichkeiten für spät zugewanderte Jugendliche längerfristig verbessern. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion mit 119 zu 57 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat muss nun diese Finanzhilfen zu Gunsten von jährlich rund 1500 späteinreisenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen unbefristet regeln. Damit sollen weiterhin wirksame Massnahmen ergriffen werden, welche die Kompetenzen der betroffenen Jugendlichen im Hinblick auf eine Berufsausbildung stärken. Zeitlich befristet bis Mitte 2024 zahlte nach bisher gültiger Regel der Bund 18 Millionen Franken pro Jahr, weitere 18 Millionen Franken die Kantone.



### **Motion WBK-NR**

**21.3981**

#### **Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister**

Der Bundesrat wird beauftragt, die im Bericht zum Postulat Fluri „Zugang zur Information über die elterliche Sorge“ angekündigte Machbarkeitsstudie so rasch als möglich durchzuführen und falls möglich, die rechtlichen Grundlagen für die Eintragung der elterlichen Sorge in die kantonalen Einwohnerregister schaffen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

- Wer für ein Kind das Sorgerecht hat, soll künftig im Einwohnerregister stehen. Der Nationalrat stimmte oppositionslos einer entsprechenden Motion ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zu. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Stimmt auch dieser zu, erhält der Bundesrat zunächst den Auftrag, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Falls diese keine grundlegenden Hindernisse ergibt, müsste die Landesregierung danach neue rechtliche Grundlagen für den Eintrag in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister prüfen.

### **Motion Herzog Eva**

**21.4191**

#### **Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht**

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, eine Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht zu schaffen. Die zu erhebenden Mikrodaten sollen Informationen zu Vorhandensein, Höhe und Dauer der festgelegten Unterhaltsbeiträge in den Kategorien ehelicher (Art. 163 ZGB), nachehelicher (Art. 125 ZGB) und Kindesunterhalt (Art. 276 ff. ZGB), sowie bezüglich weiterer Aspekte von Unterhaltsvereinbarungen, Trennungsvereinbarungen, Scheidungskonventionen, sowie Gerichtsurteilen enthalten (gesetzliche Grundlagen, Sorgerecht, Obhut, Besuchsrecht, Vorsorgeausgleich, Güterrecht, Annahmen bezüglich Erwerbseinkommen und Ausgaben). Die Daten sollen für Forschungszwecke mit weiteren Datenquellen verknüpft werden können.

- Der Bundesrat soll eine Datengrundlage schaffen zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht. Der Ständerat hat als Erstrat eine entsprechende Motion von Eva Herzog (SP/BS) mit 23 zu 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, dies gegen den Willen des Bundesrats. Der Bundesrat will zuerst eine Machbarkeitsstudie durchführen, um den mit dem Vorstoss verbundenen administrativen, finanziellen und personellen Aufwand für Bund und Kantone abschätzen zu können. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

### **Motion Mazzone Lisa**

**21.4331**

#### **Zweiwöchiger "Vaterschaftsurlaub" für alle Paare**

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf einer Gesetzesänderung vorzulegen, mit welcher präzisiert wird, dass der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen Dauer für alle Paare gilt und somit bei einem Frauene Paar auch der Ehefrau der Mutter zusteht.

- Der Ständerat stimmte dem Ordnungsantrag Gapany zu und weist die Motion zur Vorberatung an die zuständige Kommission. Aktuell ist unklar, ob das Ziel der Motion bereits durch die Annahme der «Ehe für alle» erreicht wird oder ob es zusätzliche gesetzliche Anpassungen braucht. Die Kommission soll dieser Frage nachgehen.

### **Parlamentarische Initiative Amherd Viola**

**18.434**

#### **Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen**

Die Initiative verlangt, Cybergrooming unter Strafe zu stellen und als Officialdelikt auszugestalten. Unter Cybergrooming versteht man das gezielte Anbahnen von sexuellen Kontakten durch Erwachsene mit Minderjährigen im Internet. Grundsätzlich sind bereits heute verschiedene Straftatbestände des Cybergroomings strafrechtlich erfasst, allerdings nicht vollständig. Cybergrooming darf nicht erst mit dem



Treffen bzw. mit der Reise zum Treffen strafbar werden, sondern muss früher ansetzen und bereits die Vorbereitungsmaßnahmen z.B. in sexualisierten Chats umfassen, in denen ein Treffen vereinbart werden will. Sexuelle Belästigung von Kindern im Netz müsse gemäss Initiative zudem generell als Officialdelikt ausgestaltet werden. Der Initiative wurde bereits Folge gegeben. Der Nationalrat wird über eine Fristverlängerung der Initiative abstimmen. Er will ein bereits überwiesenes Postulat abwarten, das klären soll, welche Ergänzungen im Strafgesetzbuch notwendig sind, damit Cybermobbing und Cybergewalt bestraft werden können. Der Nationalrat stimmt einer Fristverlängerung bis zur Wintersession 2023 zu.

### **Parlamentarische Initiative Masshardt Nadine**

**21.429**

#### **Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse**

Die Initiative verlangt, dass die politische Bildung in der Berufsbildung als besondere Leistung im öffentlichen Interesse definiert wird, damit sich der Bund im Rahmen der bewilligten Kredite auch an diesen Kosten beteiligen kann. Dazu soll das Berufsbildungsgesetz mit folgender Lit. ergänzt werden.

Artikel 55 Als besondere Leistungen im öffentlichen Interesse gelten namentlich: k. (neu) Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung. Die nationalrätliche Bildungskommission gab der Initiative mit 13 zu 12 Stimmen keine Folge.

- Der Nationalrat folgt der Empfehlung der vorberatenden Kommission nicht und gibt der Initiative mit 97 zu 86 Stimmen bei vier Enthaltungen Folge. Als nächstes befindet die Ständeratskommission über die parlamentarische Initiative.

### **Postulat Roth Franziska**

**19.4488**

#### **Diskriminierung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher durch unzulängliche Finanzierungsmodelle**

Der Bundesrat wird gebeten in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Finanzierung kinder- und jugendpsychiatrischer Institutionen zu steuern ist, so dass Benachteiligungen vermieden werden. Im Speziellen soll er aufzeigen, wie teilstationäre Angebote in ausreichender Zahl und Grösse finanziell zu sichern sind.

- Der Nationalrat folgt der Empfehlung des Bundesrates und lehnt das Postulat mit 82 zu 104 Stimmen ab. Das Postulat ist somit erledigt.

### **Postulat Fehlmann Rielle Laurence**

**21.3817**

#### **Alkoholkonsum. Die Jungen sind der Werbung stark ausgesetzt!**

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, um die Promotion von alkoholischen Getränken einzuschränken und dies vor allem bei Jungen. In der Schweiz hat eine repräsentative Umfrage von Sucht Schweiz gezeigt, dass Jugendliche auf Alkoholwerbung besonders sensibel reagieren. So wurde festgestellt: Je mehr die befragten Personen solche Werbung wahrgenommen hatten, desto häufiger gaben sie an, gelegentlich in riskanten Mengen zu konsumieren. Diese Korrelation ist vor allem in der Altersgruppe der 15-24-Jährigen festzustellen. Das digitale Marketing für Alkohol ist Tatsache und die Alkoholmarken nutzen die Online-Plattformen und soziale Medien, um ihre Produkte zu bewerben. Besonders die Jungen sind durch die Kommunikationskanäle, die sie nutzen, konstant mit Werbung konfrontiert. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats und möchte in einem Bericht evaluieren, wie die Durchsetzung des geltenden Rechtes zur Alkoholwerbung im Internet umgesetzt und verbessert werden könnte.

- Der Nationalrat lehnt das Postulat mit 88 zu 95 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Der Vorstoss ist somit vom Tisch.

### **Standesinitiative Kanton Genf**

**20.311**

#### **Für eine wirksame Gesundheitsförderung. Begrenzung des Zuckergehalts in industriell hergestellten Getränken und verarbeiteten Lebensmitteln**

Der Kanton Genf fordert den Bundesrat mittels dieser Standesinitiative auf, angesichts der schädlichen Auswirkungen von Zucker auf die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Zuckermenge, die bei der Lebensmittelherstellung zugesetzt werden darf, streng zu begrenzen. Der Kanton Genf hat bereits beschlossen, eine Steuer für den Zuckerezusatz in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Produkten einzuführen. Ziel der Steuer ist nicht, die Kosten auf die Konsumentinnen und



Konsumenten abzuwälzen, sondern die Produzenten dazu zu bringen, den Zuckergehalt in den Lebensmitteln zu senken. Zusätzlich zur Einführung einer Steuer müsse das Problem auch direkt angegangen werden, indem der Zuckergehalt in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Lebensmitteln streng begrenzt wird. Die Bildungskommission des Ständerats hat der Initiative keine Folge gegeben.

- Der Ständerat ist gegen eine gesetzliche Regelung, um die Menge des zugesetzten Zuckers in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Lebensmitteln zu begrenzen oder den Zuckergehalt von Lebensmitteln klarer anzugeben. Er hat zwei entsprechende Standesinitiativen aus den Kantonen Genf und Freiburg abgelehnt. Mit den Standesinitiativen befasst sich als nächstes der Nationalrat.

### **Standesinitiative Kanton Fribourg**

**21.315**

#### **Für eine klare Darstellung der Menge des schnellen Zuckers in Lebensmitteln**

Die Bundesbehörden werden eingeladen, die nötigen Gesetzesbestimmungen zu erlassen, namentlich eine Anpassung der Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel (LIV; SR 817.022.16), damit:

1. die Angabe des Zuckergehalts in der Nährwertdeklaration obligatorisch wird;
2. zudem eine lesbare und für Konsumentinnen und Konsumenten verständliche Kennzeichnung des Zuckergehalts obligatorisch wird. Die Bildungskommission des Ständerats hat der Initiative keine Folge gegeben. Der Ständerat behandelt die Initiative als Erstrat. Die Thematik soll jedoch im Rahmen des angenommenen Postulats «[Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Scores](#)» behandelt werden.

- Der Ständerat ist gegen eine gesetzliche Regelung, um die Menge des zugesetzten Zuckers in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Lebensmitteln zu begrenzen oder den Zuckergehalt von Lebensmitteln klarer anzugeben. Er hat zwei entsprechende Standesinitiativen aus den Kantonen Genf und Freiburg abgelehnt. Mit den Standesinitiativen befasst sich als nächstes der Nationalrat.